



Einführung des **gregorianischen Kalenders** **im Wallis.**

Auf Grund eines vom tridentinischen Konzil gefaßten Beschlusses ließ Papst Gregor XIII. den bis dahin gebräuchlichen julianischen Kalender durch ein Kollegium von Sachverständigen einer Prüfung und Verbesserung unterziehen und das Ergebnis derselben den bedeutendsten Hochschulen Europa's zur Vernehmlassung mitteilen ¹⁾. Da die bezüglichen Berichte größtenteils günstig lauteten, entschloß er sich, denselben der ganzen Christenheit zu empfehlen und erließ zu diesem Zwecke seine Bulle „Inter gravissimas“ vom 24. Februar 1582, welche bestimmte, daß man im Monat Oktober 10 Tage ausfallen lassen und nach dem 4. gleich den 15. zählen solle.

Auf den festgesetzten Tag haben den neuen Kalender eingeführt nur Italien, Spanien und Portugal. Frankreich und die katholischen Niederlande folgten zwei Monate später, während Teile von Deutschland und die katholischen Kantone erst ein Jahr nachher sich anschlossen. Diesen reihten sich an Polen, 1586; Ungarn, 1587. Die evangelischen Stände Deutschlands, Dänemark und die Niederlande haben den verbesserten Kalender, nach langem Widerstreben, erst 1700 angenommen. Ein Jahr später bequemen sich

¹⁾ Für nähere Aufschlüsse über diesen Gegenstand verweisen wir auf den XII. Band von Weber und Welte's Kirchenlexikon. Die von uns benutzten Quellen finden sich im Staatsarchiv, im Archiv der Bürgergemeinde Sitten und im Archiv des Domkapitels auf Valeria.

auch die protestantischen Kantone zu dessen Annahme. England hat ihn erst 1752 und Schweden 1753 eingeführt. Die Russen sowie die nicht unierten Griechen haben den julianischen Kalender beibehalten (alter Styl) und sind heute um 13 Tage hinter unserer Zeitrechnung zurück.

Nach P. Furrer ¹⁾ hat Bischof Adrian II. von Niedmatten schon am 20. März 1582 die Einführung des gregorianischen Kalenders in allen Gemeinden seines Kirchen Sprengels verkünden lassen. In wie weit diese Angabe auf Wahrheit beruht, konnten wir nicht feststellen, da Furrer leider seine Quelle nicht angibt. Immerhin kann sie als wahrscheinlich betrachtet werden, indem der Bischof nicht wird haben ermanagen lassen, dem Befehle des Papstes Folge zu geben.

Die Gemeinden waren jedoch nicht so folgsam. Am 3. September 1587, also fünf Jahre später, richteten die 7 katholischen Kantone ein Schreiben an den Landrat, in welchem sie ihre getreuen, lieben Eid. und Bundesgenossen von Wallis auffordern, den verbesserten Kalender anzunehmen, zumal derselbe „ein so herrlich und guotes ewig Werth ist, daß die Ungläubigen selbst dasselbe re ipsa anders nit finden noch mit einiger Wahrheit verwerfen noch reprobieren können“, und daß diese ihn noch nicht angenommen, weil er von einem Papste ausgehe. Man schließt mit der Bitte, man wolle sich hierin nicht irren lassen und verspricht, nicht undankbar zu sein.

Dieses Schreiben mag den Landrat bewogen haben, im Weihnachtslandrate gl. J. zu beschließen, die Gesandten wollen den neuen Kalender ihren Räten und Gemeinden hinterbringen und schriftliche Antwort geben. In seinem Antwortschreiben vom 27. Februar 1588 meldet der Zehnden Wisp dem Bischof, daß die Wisper aus Rücksicht auf ihn den neuen Kalender annehmen wollen. Was die übrigen Zehnden geantwortet, oder ob sie überhaupt geantwortet haben, ist nicht bekannt; immerhin scheinen sie es nicht eilig gehabt zu haben.

¹⁾ Geschichte von Wallis, p. 298 und ff. Vielfach ungenau.

Auf einem Ratstage vom 13. Februar 1600 wurden diejenigen Zehnden, welche sich über den neuen Kalender noch nicht ausgesprochen haben, eingeladen, eine endgültige Antwort zu geben. Die Gesandten der betreffenden Zehnden erklärten, hierüber keine Instruktionen erhalten zu haben, versprachen aber im Namen ihrer Räte und Gemeinden bis nächste Ostern dem Bischof schriftlich Bescheid zu geben. Daß diese Antworten, falls sie wirklich gegeben wurden, mindestens in ihrer Mehrzahl verneinend waren, ergibt sich aus dem Folgenden.

Bei der Bundeserneuerung mit den 7 katholischen Kantonen im Oktober 1602 wurde von den Abgeordneten derselben bemerkt, daß beide Parteien zum alten Glauben sich bekennen und daß weder in kirchlichen noch in weltlichen Sachen unter ihnen Zwiespalt herrsche, es sei denn in betreff des verbesserten Kalenders. Sie ersuchten deshalb, daß man denselben auch bei uns einführe. Von den Walliserabgeordneten wurde ihnen der Bescheid zu teil, man wolle die Räte und Gemeinden hierüber befragen und sobald als möglich eine Antwort geben. Diese Versicherung beruhigte die katholischen Kantone nicht. Schon im darauffolgenden Dezember schickten sie abermals einen Boten mit Briefen, in welchen sie, nebst andern kirchlichen Reformen, die Annahme des neuen Kalenders empfahlen. Der Bote wurde entlassen mit der Mitteilung, man werde am nächsten Mailandrate hierüber Beschluß fassen und das Protokoll desselben ihnen zuschicken. Wohl in Folge der wenn auch in etwas gerechtfertigten Zudringlichkeit fiel dieser Beschluß nicht günstig aus. Man dankte den katholischen Kantonen für ihre gute Meinung; ersucht sie aber, in die innere Angelegenheiten der Republik sich nicht weiter zu mischen, indem sie selbst eine geistliche und weltliche Obrigkeit hätten, deren Verfügungen sie sich unterziehen. Den Kalender betreffend wurde der Landschreiber beauftragt, ihnen bald möglichst zu antworten, daß die Räte und Gemeinden schon seit lange beschlossen haben, keine Aenderung im Kalender anzunehmen.

Auf dem Landrate zu Visp, vom 15./17. März, auf welchem die ersten entscheidenden Bestimmungen gegen

die Protestanten erlassen wurden, hat der Stellvertreter des hochw. Bischofs neuerdings den gregorianischen Kalender zur Sprache gebracht. (Adrian II. von Niedmatten, Coadjutor, später Bischof von 1604—1613.) Er empfiehlt ihn den Räten und Gemeinden zur nochmaligen eingehenden Prüfung; hebt hervor den großen Nutzen, welcher der Landschaft in ihren Handelsbeziehungen zu andern Staaten entstehen könne und stellt die Möglichkeit in Aussicht, der Papst würde sodann etliche Studenten auf seine Kosten unterhalten. Die Abgeordneten versprachen „gute Mundboten“ zu sein und am Mailandrat Antwort zu geben.

Auf diesem Landrate wurde neuerdings betont, die andern katholischen Staaten und Länder hätten den verbesserten Kalender bereits angenommen, und obgleich die Frage kein Glaubensartikel sei und zur Seeligkeit weder fördernd noch hindernd wirke, so solle man dennoch ihrem Beispiele folgen, indem dadurch unsere Beziehungen zu den Nachbarstaaten nur gefördert würden. Auch sei der Bischof schmerzlich berührt, weil dadurch viele und notwendige Verordnungen nicht haben erfolgen können. Er würde sich auch höchlichst freuen, wenn der genannte Kalender noch zu seinen Lebzeiten eingeführt würde. Hierauf meldeten die 4 obern Zehnden, als Goms, Brig, Visp und Arzon, die Mehrheit der Räte und Gemeinden hätten sich für Annahme ausgesprochen, während die Abgeordneten der Zehnden Leuf, Siders und Sitten sich dahin aussprechen, sie lassen es bei den frühern Antworten bleiben, wenn aber die Mehrheit den Kalender einführen wolle, so werden sie sich derselben unterwerfen.

Nach diesen entgegenkommenden Antworten sollte man meinen, die Sache wäre damit abgetan. Da kam aber der Abgeordnete von Gifisch und stellte alles wieder in Frage. Er machte nämlich den Vorbehalt, daß die Annahme ohne Beeinträchtigung ihrer althergebrachten Gebräuche und Freiheiten geschehe. In der Talschaft, so sagt er, gebe es Gemeinden, welche auf den in ihrem Gebiete gelegenen Alpen den Feldgang bis Ende Mai haben, welcher ihnen dadurch aber verkürzt würde, weshalb er dagegen protestiere. Daraufhin haben die Ge-

sandten sämtlicher Zehnden einmütig gleiche Vorbehalte gemacht und die Angelegenheit blieb vorläufig unentschieden.

Im Weihnachtslandrate 1606 mußte der Bischof der Versammlung bekannt machen, daß er zwei päpstliche Schreiben erhalten habe, durch welche er aufgefordert sei, abermals für die Annahme des neuen Kalenders zu wirken. Nebst den bereits angeführten Gründen der Schädlichkeit und des Nutzens, macht er den Rat auf die Gefahr aufmerksam, daß sowohl das Land als auch er in Acht und Bann durch den päpstlichen Stuhl und den Kaiser erklärt und er des weltlichen Schwerts entsetzt werden könnte. Er fügt nochmals bei, daß der Kalender kein Glaubensartikel sei und daß durch dessen Annahme die alten Sitten und Gebräuche nicht geschmälert werden sollen. Wenn diese und andere Ursachen nicht wären, so würde er eine gemeine Landschaft mit dieser Frage nicht belästigt haben; er bittet deßhalb um eine wohlwollende Antwort. Sollte dies nicht der Fall sein, so wolle man ihn bei Papst und Kaiser entschuldigen oder ihm das bischöfliche Amt abnehmen, indem er sich nicht in Acht und Bann wolle schlagen lassen.

Die Antwort des Landrates auf die bischöfliche Rede ist im Protokolle enthalten. Wir geben sie hier wieder: „Nachdem solcher Anzug der Länge nach ist verstanden, hat zuvorderst ihre Schaubare Großmächtigkeit und die Gesandten aller sieben Zehnden die Gewichtigkeiten der Sach erwägt und mit rüfitem Rat betrachtet, Erstlich, daß er kein Seeligkeit noch Glaubens sachen im wenigsten nit betreffen tut, sondern ein Menschenfagung und mathematische Kunst ist, welche zue guotem End hin, als vornaher, vor hundert Jahren auch geschehen ist; darzuogh auch bedacht ist, daß vor Zeiten das Jahr in Monat, Wochen, Tag und Stund durch Menschen abgeteilt ist, auch dem Gsag und Wort Gottes nit abgebrochen wird, niemand auch zu einigen Kosten oder Schaden beursachen tut, sondern vielmehr den katholischen Fürsten, Oberkeiten und Communen, dafür wir uns auch selbst nennen, uns zu verglichen und mit denen zu versuchen welchen solche Calculation baß dann uns erfahren, wir glauben tuent,

Derhalber in Anschau solcher Ihrer Fñtl. Gnaden fründlicher und väterlicher Vermahnung und Ansehung der Sachen, haben die Gesandten ratsboten der 4 obern Behnden Goms, Brig, Bisp und Raron, Jh. Fñt. Gn. wollen willfahren und gehorsamen und den ernalten Kalender einmütenglich uff- und annehmen, welcher dann morndes nach St. Mathietag soll anfahren, uf welchen Tag das Fronfasten und der Quatember fallen tut, und zellen den 7. Marty, wird also in Fortschreitung durchus kein Festtag nit verloren werden, sonder zu ein ebenmäßig Ordnung und Sakung geraten.

Die Gesandten aber der löblichen Stadt und Behnden Sitten, Siders und Leuf, von wegen daß dieselben weit geseßen und der Mehrteil derselben der teutschen Sprach nit erfahren, Jhnen solches hievor nicht bewußt, haben hierüber, in aller fründlicher und hochherziger, mitländlicher Liebe und gueten Willens geantwortet, dieselben haben um solches noch nit allenglichen, vollmichtigen Bescheid, noch nit Antwort gefaßt. Derhalben bitten an sie, die Gesandten nit zu verangen, sich anbietende in kurzem nach Verläsung und Anhörung dieses Abscheids, mit gebührlichen, fründlichen Bescheid zu begegnen und bei ihren Räten und Gemeinden in allweg guete Mundboten oder Dolmetschen zu sein, tröstlicher Hoffnung, dieselben werden sich auch schließen lassen und von übrigen Landleuten nit absündern. — Ist derhalben der Tag solcher Verantwortung angesetzt bis uff mentag den 12. Januarii nächstkünftig mit solcher Erleuterung, wo Jermann's der gedachten 3 untern Behnden, als auch der obgedachten 4 obern Behnden, es wäre glich ein oder mehrlich herinnen, Gemeinden, Derter welche wider solches wie oben, durch ihre Ehrenabgesandten angenommen reden und darin nit intreten wellten, dieselben sollen zu glicher Gestalt derselbigen sich by S. F. G. uffem selben Tag anmelden; im Fall dasselbe nit erfolgen werd, solle derselbe (neue Kalender) allenglichen und für einmütenglich gehalten werden."

Aus diesem Beschlusse geht hervor, daß die 4 obern Behnden den neuen Kalender faktisch angenommen und

daß sie vom 25. Februar mit Auslassung von 10 Tagen auf den 7. März übergingen und daß alle Einsprachen dagegen bis 12. Januar dem Bischof sollten eingegeben werden, ansonst der genannte Beschluß in Kraft treten solle.

Die 3 untern Zehnden gaben eine verneinende Antwort, weshalb der Bischof auf dem Ratstage vom 12./13. Februar 1607 sich veranlaßt sah, sie anzufragen, wie sie ihn bei Papst und Kaiser entschuldigen wollen, damit er nicht in Bann und Acht gelegt werde. Er wiederholt nochmals, daß er lieber das bischöfliche Amt niederlegen, als sich dieser Gefahr aussetzen und noch in die Ungnade Gottes fallen wolle. Der Landrat solle dies wohl erwägen.

Die 4 obern Zehnden bemerkten darauf, daß der Einladungsbrief des Bischofes sie nicht berühre, indem sie, die Gesandten und nachher auch die Räte und Gemeinden, den neuen Kalender bereits angenommen haben, weshalb sie sich auf ihre frühere Antwort berufen. Die Gesandten der drei untern Zehnden in Anbetracht, daß in ihren Gemeinden der neue Kalender noch keinen Anfang gefunden, erboten sich, den Bischof bestens zu entschuldigen und ihm das Zeugnis auszustellen, das er sein möglichstes hierin getan habe. Sie ersuchen ihn zugleich, die Sache für einstweilen ruhen zu lassen; es sei noch Hoffnung, das Räte und Gemeinden mit der Zeit auf andere Beschlüsse kommen. Da aber der Bischof ausdrücklich auf sein Verlangen beharrte, so erklärte der Zehnden Siders, er wolle nicht die Ungnade des Fürsten und Herrn auf sich laden, ohne vorher die Räte und Gemeinden neuerdings befragt zu haben, weshalb die Gesandten diese Angelegenheit ihnen noch einmal befürwortend hinterbringen werden. Somit bleiben schließlich nur noch die Zehnden Leuf und Sitten, von welchen der Bischof die genannte Erklärung verlangte, um sie gegebenen Falls vorweisen zu können.

In Ansehung dieser Mehrheit der Zehnden erließ der Bischof am 7. März 1608 den Befehl, daß das Fest der Verkündigung Mariä im Oberwallis nach dem neuen

Kalender gefeiert werden solle, wie dies im Unterwallis ebenfalls gebräuchlich sei ¹⁾).

Während 15 Jahren scheint man mit diesem Beschlusse sich begnügt zu haben; jedenfalls finden sich in diesem Zeitraume keinerlei Andeutungen, den neuen Kalender betreffend. Man wird kaum fehl gehen, wenn man den hartnäckigen Widerstand gegen den Kalender bis dahin den Nachwehen der Reformation zuschreibt. Sind es ja gerade diejenigen Zehnden, in welchen die Glaubensspaltung am stärksten war, welche sich gegen dessen Einführung stetsfort aussprachen. In den fernern Verhandlungen über diesen Gegenstand müssen wir einen politischen Hintergrund suchen. Nach dem Hinscheid des Bischofs Adrian von Niedmatten (1613) wurde Hildebrand Jost als Nachfolger erwählt. Bevor man aber zu dessen Wahl schritt, legte der Landrat dem Domkapitel verschiedene Artikel zur Genehmigung vor. Unter anderm enthielten diese eine förmliche Entsagung der sog. „Carolina“, d. h. der weltlichen Macht des Bischofs. Das Kapitel unterschrieb diese Artikel und nach vollzogener Wahl bestätigte auch der Bischof dieselben. Kaum auf dem bischöflichen Stuhle widerrief der Bischof und das Kapitel diese Entsagung, vorgebend, sie seien gezwungen worden, was den langjährigen und erbitterten Streit um die bischöflichen Hoheitsrechte verursachte, der endlich (1640) mit dem Siege des Landrates endete.

Dieser Streit nun war der Grund, weshalb selbst diejenigen Zehnden, welche den Kalender bereits angenommen, auf ihren gefassten Beschluß zurückkamen und wieder zum alten Kalender griffen, wie aus Folgendem ersichtlich.

Durch Schreiben vom 9./19. November 1622 dringt der päpstliche Nuntius in der Schweiz auf gründliche Reformen im Kapitel und auf Einführung des verbesserten Kalenders im Oberwallis. Es wurde ihm aber

¹⁾ Aus diesem zu schließen, war um diese Zeit der gregorianische Kalender im untern Landesteile eingeführt und die Angaben von Furrer, daß die Missionäre vor 6 Jahren verschiedene Feste zwei mal im Jahre feiern konnten, gewinnt an Wahrscheinlichkeit.

kein Gehör geschenkt. Gegenteils wird in einer Klageschrift gegen den Bischof vom gleichen Jahre hervorgehoben, daß die Geistlichkeit auf Geheiß des Bischofs in ihren Predigten für den neuen Kalender zu behaupten sich unterstanden hätte, derselbe sei auf dem Landrate angenommen worden, was nicht richtig sei; auf diese Weise hätte sie den Untspersonen widersprochen und sie beim Volke in Verdacht gezogen.

Im Weihnachtslandrat 1625 machte der Bischof selbst einen neuen Versuch. Er betonte wiederum, daß es für unser Land von großem Nutzen sei, den verbesserten Kalender anzunehmen, nach dem Beispiel nicht nur der katholischen Völker und Staaten, sondern auch demjenigen einiger ungläubigen Nationen, welche denselben als den besten anerkennen. Er wiederholt diejenigen Punkte, welche in allen Pfarreien vorgelesen wurden.¹⁾ Jedoch vergebens. Die Gesandten der sieben Zehnden erklärten, daß sie keine Vollmachten von ihren Räten und Gemeinden erhalten haben, daß ihnen die Sache noch zu neu sei und daß sie bis auf weitere Aufklärungen den Kalender ihrer Vorfahren beibehalten wollen. Auf diese Antwort hin teilte der Bischof der Versammlung mit, daß er den andern Kalender im Lande einführen und dem Volke befehlen werde, denselben zu befolgen, indem das eine kirchliche Angelegenheit sei; er ersucht die Abgeordneten, ihn hierbei zu unterstützen. Auch das blieb erfolglos.

Inzwischen hatte sich der Hoheitsstreit derart zugespitzt, daß der Bischof sein bischöfliches Amt niederlegte. (1627) In den hiefür angebrachten Gründen heißt es unter Nr. 11, er habe gehofft, daß die sieben Zehnden den neuen Kalender annehmen und als wahre katholische Christen Gehorsam leisten werden.

Gleichsam als Antwort hierauf beschloß der Landrat im gleichen Jahre die Geistlichkeit zu verhalten, die Festtage nach dem alten Kalender, mit welchem ihre frommen Vorfahren gelebt, zu feiern, und die Küster, dieselben einzuläuten unter Strafe, vor den Landrat geladen zu werden. Wo die Pfarrer es unterlassen sollten die Fest-

¹⁾ Diese Punkte sind uns unbekannt.

tage zu verkünden, sollen die Weibel dies tun. Dem apostolischen Nuntius aber wurde geantwortet, auf die von Seiner Heiligkeit vorgebrachten wichtigen Argumente habe man sich zur Annahme des neuen Kalenders geneigt; der Bischof habe aber zu ganz andern Mitteln gegriffen und durch seine unzeitigen und herrischen Hirtenbriefe alles wieder verdorben. Da er (der Nuntius) die Sache nochmals zur Sprache bringe, so möchten sie ihn ersuchen, die Geistlichkeit aufzumuntern das Volk vorzubereiten; die Gesandten werden sich ebenfalls dazu hergeben und so hoffe man zum Ziele zu gelangen. Und in einem zweiten Schreiben an den gleichen heißt es: betreffend den neuen Kalender könne man nicht verhehlen, daß der Bischof durch sein schroffes Vorgehen die Gemüter davon ablenke. Man sage allgemein, mit der Trommel fange man keine Hasen; dergleichen hätte auch der Bischof die Einführung des Kalenders nicht verordnen, sondern empfehlen sollen.

Unterm 28. Juli 1627 erließ der damalige Landeshauptmann Roten an Kastlan, Räte und Gemeinden der Stadt und des Zehndens Brig ein Schreiben des Inhaltes, zu seinem Leidwesen müsse er täglich in Erfahrung bringen, daß die Geistlichen die Festtage nicht mehr nach dem alten Kalender feiern, sondern nach dem neuen; andere nach beiden und wieder andere nach keinem. Daraus entstehe Abnahme im Gottesdienst und im christlichen Eifer, Erlöschen der Frömmigkeit und Aergerniß beim Volke. Da es an der Zeit sei, diesem Uebelstande abzuhelpen, so wolle er sie nun berichten, daß dies keineswegs in der Absicht des apostolischen Nuntius liege, welcher ihm hierüber ganz anders geschrieben. Er lege seinem Briefe eine Abschrift des besagten Schreibens bei, um es den Geistlichen bekannt zu geben, damit sie in Zukunft keine Entschuldigungen wegen Unkenntnis mehr hätten. Wenn jemand dieser Verordnung nicht Folge leiste, so wolle man ihm Mitteilung machen, um zeitlich diesen und anderen Neuerungen ein Ziel zu setzen.¹⁾

¹⁾ Dieser Brief ist wohl als Kreisschreiben an alle Zehnden zu betrachten. Den Brief des apostolischen Nuntius konnte ich nicht finden.

Die erwähnte Entsagung des bischöflichen Stuhles wurde dem Bischof sehr schlecht angeschrieben, so zwar daß der Landrat seine Absetzung beschloß, und den apostolischen Nuntius anging, beim Papste die Erlaubnis zu erwirken, einen neuen Bischof wählen zu können. Selbst die katholischen Kantone scheinen sich in diesem Sinne verwendet zu haben. Auf einer im Jahre 1628 vom päpstl. Nuntius einberufenen Konferenz in Luzern bemerkten die Gesandten der genannten Kantone, daß, wenn dem Gesuch um eine neue Wahl entsprochen werde, sie auch erwarten, Wallis werde den neuen Kalender annehmen. Auf einer zweiten Konferenz vom gleichen Jahre äußerten sich die gleichen Gesandten, daß sie bereits ihr möglichstes gethan haben, um die Zehnden zur Annahme des verbesserten Kalenders zu bewegen; man solle aber das Volk mit solch ungewohnten Sachen nicht zu schroff anfahen und für einstweilen solle man sich damit begnügen, es sei Hoffnung, daß man zu einem befriedigenden Ergebnis komme. Hierauf antwortete der Landrat, das abstoßende Benehmen des Bischofs allein sei Schuld, daß der Kalender noch nicht eingeführt sei. Durch seine Neuerungsucht habe er das Volk gegen den Kalender mißtrauisch gemacht. Hätte er die Stimme des Papstes oder seines Nuntius beachtet, wäre die Sache ganz anders gekommen. Wenn aber Seiner Heiligkeit den Lande erlaube, nach herkömmlichem Recht und Sitte einen Bischof zu wählen, um vom gegenwärtigen befreit zu sein, so glauben sie, daß der Annahme keine Schwierigkeiten im Wege stehen.

Man sieht daraus, daß der Hoheitsstreit und die Abneigung gegen den Bischof Hildebrand fast die Ursache war, daß der Kalender noch nicht eingeführt war. — Vom Jahre 1628—1655 fehlen jegliche Angaben über diesen Gegenstand.

Im Mailandrate des Jahres 1655 nun wagte der damalige Bischof Adrian IV. von Niedmatten die Frage neuerdings zur Sprache zu bringen. Er erinnerte daran, daß der neue Kalender nun fast 80 Jahre eingeführt sei und daß ihn so zu sagen alle Nationen angenommen hätten. Nur die Zehnden machen hierin noch eine Aus-

nahme, was zu Unannehmlichkeiten und Uebertretungen der hl. Feste führe. Da ihm nun mitgeteilt worden sei, daß einige Zehnden den Wunsch ausgesprochen, denselben anzunehmen, so glaube er schädlich, wenn man dem neu gewählten Papste in dem Gratulationschreiben dies melden könne. Die Gesandten bemerkten hierauf, diese Angelegenheit habe vor etlichen Jahren große Zwistigkeiten im Lande verursacht und da der Gegenstand im Einladungsschreiben nicht enthalten sei, so dürfen sie sich hierüber nicht aussprechen. Man will ihn aber den Gemeinden und Räten hinterbringen und auf dem Weihnachtslandrat Bescheid geben.

Auf diesem Landrate ist der neue Kalender endlich von allen Zehnden angenommen worden. Die Begründung dieses Beschlusses verdient hier abgedruckt zu werden: In Anbetracht der unzweifelhaften Notwendigkeit einer Verbesserung des alten Kalenders, die von allen Mathematikern und Astrologen ohne Unterscheid des Glaubens anerkannt ist; daß verschiedene anders gläubige, nicht katholische Staaten Europas diese Neuerung angenommen haben; daß es auch für unsere Republik angezeigt ist, sich hierin den Gewohnheiten und Meinungen der Christenheit im allgemeinen anzuschließen, obgleich unsere Vorfahren diese Angelegenheit aufgeschoben haben, nicht etwa in Abgang richtiger Grundsätze, sondern der besondern Umstände wegen, unter denen man ihn einführen wollte, daß sonach diese Frage kein Gehör gefunden hat, bis sie von den Räten und Gemeinden aus freiem Antriebe wieder ist hervorgezogen worden. In Erwägung, daß dieses Zusammengehen zu unserem Besten ist, in dem unser Vaterland größtenteils an solche Länder anstößig ist, die den neuen Kalender bereits eingeführt haben und man oftmals in die Lage versetzt ist, beide Kalender zu beobachten oder aber mit Aergernis Fasten- und Festtage zu überschreiten.

Aus vielen triftigen Gründen haben deshalb der Landrat folgenden endgültigen Entscheid gefaßt: Der neue Kalender soll, wie schon lange gewünscht, mit dem nächsten 1. März in Kraft treten an welchem Tage man den 11. zählen und so fortfahren soll zur größern

Ehre Gottes, der dieses Werk segnen wolle zu unserer zeitlichen und ewigen Wohlfahrt. Dies soll aber den Gemeinden und Privatpersonen nicht zum Nachtheile sein, z. B. in den Alpbefehlungen, Weidgängen, Fristen, Tagungen und anderen lb. Gebräuchen und Reglementen; im Gegentheile sollen sie in Kraft bestehen, so lange von den Gemeinden und Personen nicht ein anderes Uebereinkommen abgeschlossen wird, was nicht schwierig ist. In der Voraussicht andere Vorteile zu erzielen, wird verfügt, daß dieser Beschluß Seiner Heiligkeit dem Papste angezeigt werde, hoffend es werde ihm dies ein besonderes Vergnügen bereiten und er unsere Republik mit seinen hohen Gunstbezeugungen bedenken.

Mit diesem Beschluß haben die Streitigkeiten um den neuen Kalender ihren Abschluß gefunden und der Gegenstand ist aus Abscheid und Traktanda gestrichen.

G. Oggier, Staatsarchivar.